

# Überbecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Kurträger vierteljährlich 3,50, monatlich 1,25 RM.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühren betragen für die schlagzeilenartige Textzeile oder deren Raum 60 Dlg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Dlg., auswärts 60 Dlg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 2 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 64.

Montag, den 17. März 1919.

26. Jahrg.

## Die Ausnahme des Kohlenbewirtschaftungsgesetzes.

Ein Schritt zum praktischen Sozialismus.

Das Sozialisierungsgesetz ist angenommen. Damit ist der Grundstein zum Aufbau des sozialistischen Staates gelegt. Daß dieser fortschreiten wird, daran wird auch die Opposition der Unentwegten nichts ändern, die gegen den Gesetzentwurf gestimmt haben.

Daß auch für uns des Wert noch nicht abgeschlossen ist, bedarf keiner Frage. Aber schon das zugleich erledigte Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft schafft einen Teil des Rahmens, für das im Sozialisierungsgesetz der Rahmen gespannt ist. Wir greifen mit diesem Gesetz und mit seinem Gegenstand in die Bewirtschaftung des Rohstoffes, der wesentlichsten Voraussetzung unserer gesamten Industrie ein.

Mit der Verstaatlichung der schon bestehenden Interessengemeinschaft, insbesondere des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikates, ist die Ueberführung des Produktionszwanges der Kohlenindustrie in die Gemeinwirtschaft noch nicht erreicht. Wohl aber wird sie bereits wesentlich gefördert durch die Stellung von Betriebsräten in den einzelnen Betrieben, die den Uebergriffen privater Unternehmer gegen den Kohlenrat nachdrücklich vorbeugen.

Die Organisation der Kohlenbewirtschaftung entspricht — abgesehen von der Demokratisierung des Syndikatsbetriebes — im Wesentlichen der des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikates. Auch hier wurden bereits die Ziffern für Verteilung an der Förderung, Selbstverbrauch und Absatz für die einzelnen Werke festgesetzt, ebenso wie die Preise normiert wurden. Nur ist die Organisation jetzt auf das ganze Reich hin ausgedehnt und der unmittelbaren Kontrolle eines Sachverständigenrates unterstellt, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Reichsregierung gleiches Ueberführungsrecht haben. Diese Maßnahme gewährleistet die Ueberführung der privatwirtschaftlichen Interessen, die jetzt noch für den gesamten Kohlenbergbau geltend gemacht werden können, in den Interessentkreis unserer gesamten Volkswirtschaft. Sie verhindert vor allem, daß die rückwärtslose Preispolitik ohne jede Kontrolle seitens der Verbraucher etwa in der Weise sich durchsetzen kann, wie es bei der Schwerindustrie während des Krieges gegen die Regierung tatsächlich erfolgt ist.

Bei der vielfach auftretenden Sucht, die langsame stetige Durchsetzung des Sozialismus im Staate als Konzeption an den Kapitalismus darzustellen, mögen einige Zahlen beleuchten, wie tief die Sozialisierung des Kohlenbergbaues in unserer gesamten Wirtschaftsleben eingreift. Die Kohle ist in der Tat die Nährmutter unserer gesamten Industrie. Kennete man noch um das Jahr 1800 — also vor der Entwicklung der maschinellen Industrie — eine Weltproduktion an Kohle von 12 Millionen Tonnen berechnen, so hat sich diese Ziffer im Jahre 1913 auf das Hundertfache gesteigert. Die deutsche Produktion an Steinkohlen, die sich 1860 auf 12,34 Millionen Tonnen bezifferte, ist bis 1913 auf 190 Millionen Tonnen gestiegen. Nichts kann die Industrialisierung, die Mechanisierung unserer gesamten Produktion besser kennzeichnen als diese Zahlen. Wir haben mit der Ueberführung der Kohle in die Gemeinwirtschaft tatsächlich dem Kapitalismus den Boden abgegraben, auf dem er sich aufbaute. So versteht sich das Weggehen der äußersten Rechten recht wohl, die es genau gespürt hat, daß die erste sozialistische Tat nur der Vorboten für weitere Eingriffe in die Privatwirtschaft überall da ist, wo sie den Gemeininteressen zuwiderläuft.

Wir verkennen dabei keineswegs, daß mit der Gemeinbewirtschaftung der Kohle die Verantwortung des privaten Kapitals für die Förderung auf die Gemeinschaft übergegangen ist. Der Streit, im kapitalistischen Betriebe eine Kampfmaßnahme, wird im vergesellschafteten Betriebe zum Verbrechen. Das hat man selbst in Rußland erkannt, wo auf Arbeitslose schwere Strafen gesetzt sind. Doppelt gilt das jetzt für die vergesellschafteten Kohlenbetriebe. Ein Streit würde mehr als je die Arbeiter am eigenen Leibe treffen. Er würde beweisen, daß der sozialistisch organisierte Betrieb nicht von den Reibungen frei ist, die dem kapitalistischen Betrieb in letzter Zeit das Leben so sehr verleidet haben, würde die Rentabilität und damit den Gewinnanteil der Arbeiter einschränken. Endlich würde er bei der ungeheuren Bedeutung, die die Kohle für alle anderen Gewerbezweige hat, das arbeitende Proletariat der anderen Gewerbezweige auf das schwerste treffen.

Dieser Verantwortung sollte sich ein jeder Arbeiter, der am sozialistischen Staat mitwirken will, voll und ganz bewußt sein. Ein Vergehen desjenigen Gewerbezweiges, der zuerst der Gemeinbewirtschaftung übergeben wurde, würde die Spitze gegen den Sozialismus selbst richten. Und mancher der heute nach den künftigen langer Jahrzehnte die Entwicklungsbahn für den sozialistischen Gedanken endlich frei vor sich liegen sieht, würde in kurzem Ruh von ihm abwenden, wenn der Erfolg ausbleibt.

Und wir stehen erst am Anfang! Die Richtlinien, unter denen die Gemeinwirtschaft der Kohle in die Wege geleitet werden soll, sind noch nicht so fest umrissen, daß man heute schon prophezeien kann, wann der privatkapitalistische Apparat in dem Gemeinbetrieb restlos aufgehen wird. Die erste Arbeit des Reichskohlenamtes wird die Feststellung eines Produktions- und Verteilungsprogramms sein. Dabei den Kohlenhandel gang zu übergehen, ist nicht beabsichtigt. Er wird sich aber auf den gemeinwirtschaftlichen Betrieb einrichten müssen. Wenn die Förderungs- und Verteilungsfrage geregelt ist, ergeben sich die Arbeitsziele, die den volkswirtschaftlichen Nutzen der Sozialisierung zu ihrer vollen Geltung bringen sollen. Die erste Forderung ist hier: Verbilligung der Produktion. Sie muß durchgeführt werden, ohne die Existenzbedingungen der Arbeiter herabzumindern. Aber wir brauchen billige Kohle sowohl für das Ausland als Gegenleistung für die zu liefernden Lebensmittel wie auch für die Inlandindustrie, der nach dem Ruin der Kriegsjahre überhaupt erst zum Wiederaufbau verholfen werden soll. All diese Fragen, die in der Theorie uns lange genug beschäftigt haben, treten jetzt als praktische Forderungen vor uns hin in einer Zeit tiefster wirtschaftlicher Not des ganzen Reiches.

Aber wir werden sie lösen trotz der Mißmacherei derjenigen Diener des Kapitals, die es jetzt schon ankündigen, daß sie im Auslande lieber „freie Menschen“ als in Deutschland tätige Mitarbeiter am Gemeinwohl sein wollten. Wir sind so zuversichtlich, zu glauben, daß die Arbeiterschaft an der Schwelle des Erfolges, den sie lange Jahrzehnte herbeigehnt hat, nicht versagen wird. Denn es geht um das Ganze. Kein Mensch kann heute schon sagen, daß der Kapitalismus gebrochen ist. Die Haltung der Börse, die immer noch die Aktien der Montanwerke hoch über dem Parikurs bewertet, die Umtriebe des Großkapitals, das seine Gewinne verstaubt oder verteilt, um sie der Gemeinwirtschaft zu entziehen, all das läßt darauf schließen, daß es noch sehr viele gibt, die bei der Sozialisierung ein gutes Geschäft auf Kosten der Gesellschaft zu machen hoffen. Ihnen gilt es jetzt in zäher unauffälliger Arbeit die Waffen zu entwenden. Die Lebensfähigkeit der Gemeinwirtschaft zu beweisen, die zwingende Macht der Gemeinwirtschaftsinteressen gegen alle Sonderinteressen durchzusetzen, das sind die nächsten Aufgaben.

Die Bahn ist frei — wenn es keine Genossen gibt, die unserer ferneren Arbeit in den Rücken fallen. Das muß jeden Befonnenen anspornen, auch weiter an dem Werke mit der Sachlichkeit mitzuarbeiten, die sein Gedeihen verbürgt. Die Gemeinbewirtschaftung des Kalis steht bevor, die Frage einer Sozialisierung der Schwerindustrie, dieser Lebensgrundlage des industriellen Kapitalismus, ist um einen Schritt näher gerückt.

Damit ist der Weg praktischer Arbeit für den Sozialismus beschritten. Sie zu leisten ist freilich etwas schwerer als tabuläre Phrasen dreschen, mit denen man, nach Haaks Wort, überhaupt keine Politik machen, geschweige denn eine in vielhundertjährigem Wachstum gewordene Wirtschaftsordnung über Nacht in eine ganz andere verwandeln kann. Die Reorganisation der Volkswirtschaft ist auch in ihrem schrittweisen Fortschreiten ein Werk von wahrhaft revolutionärer Tragweite. Sein Gelingen erfordert die tatkräftige Mitarbeit der Massen, die sich durch nichts von ihren großen Zielen ablenken lassen mögen. Mit leerer Worterziehung aber schafft man keine neue Welt!

## Das Lebensmittelabkommen

ist in Brüssel unterzeichnet worden. Die Entente hat zugesagt, nach Deutschland sofort 200000 Tonnen Weizen und 70000 Tonnen Schweinespeck und Schmalz zu liefern. Ferner hat Deutschland das Recht erhalten, monatlich 300000 Tonnen Getreide und 70000 Tonnen Fett einzuführen. Bezüglich dieser Einfuhr läßt uns die Entente vollkommen freie Hand. Das hat einerseits den Vorteil, daß Deutschland nicht den teuren amerikanischen Weizen zu beziehen braucht, sondern ihn dort kaufen kann, wo es ihn am billigsten erhält, andererseits aber auch den Nachteil, daß — besonders mit Rücksicht auf die Ablieferung unserer ganzen Flotte an die Entente — diese Einfuhr durchaus nicht als vollkommen gesichert betrachtet werden kann.

Fische kann Deutschland von überall her beziehen. Der Fischfang in der Ostsee ist vollkommen freigegeben, die Einschränkung in der Nordsee bleibt vorläufig noch bestehen, wie überhaupt die Blockade als solche nicht aufgehoben wurde, sondern bloß durch die zugebilligten Erleichterungen gemildert erscheint.

Die Einfuhr, die uns nunmehr zugesichert ist, soll nach Rücksicht der Entente nur denjenigen Deutschen zugute kommen, die nicht etwa durch eigenes Verschulden arbeitslos sind. Diese Verteilung wird durch eine Entente von 10 Millionen, nicht aber, wie übereifrige Meldungen besagten, durch Truppen überwacht werden.

Die Zahlungen für die Lebensmittellieferungen erfolgen durch Berechnung des Frachtraumes, durch Devisen und Ausfuhr von Kohle, Kaffee usw. Zur Sicherung dieser Zahlungen muß Deutschland eine halbe Milliarde Mark in Gold in Brüssel deponieren.

Die deutschen Delegierten, die erklärten, daß die Kinderherbstzeit seit drei Monaten sich verdoppelt hätte, hatten um eine größere Menge kondensierter Milch gebeten. Die Delegierten der Entente äußerten ihr Bedauern, daß die Schiffraumfrage eine größere Milchlieferung nicht gestatte.

30000 Tonnen Schweinefleisch und 250000 Büchsen kondensierter Milch, die in Rotterdam zur Verladung bereitliegen, werden wahrscheinlich schon in dieser Woche nach Deutschland abgehen können.

Eine Bestimmung, die als Unerträglich empfunden wird, ist die, daß die eingeführten Lebensmittel niemandem zugute kommen dürfen, der aus eigenem Verschulden arbeitslos ist.

Wer ist „aus eigenem Verschulden“ arbeitslos? Etwa nur die berufsmäßigen Richtstuer aller Einkommenklasse oder aber jeder Streikende? Wer entscheidet hier? Die Besse der Unabhängigen und Spartakisten wird sich besinnen, den deutschen Unterhändlern zu unterstellen, daß sie diese Bestimmungen herbeigeführt hätten, um gewissen Schwierigkeiten im Lande Herr zu werden zu können. Demgegenüber wird festgesetzt, daß diese Bedingung bereits in dem von der Entente mitgebrachten Verträge steht, wie ja die ganzen „Abmachungen“ nicht weiter darstellen, als das Diktat der Gegner. Es wird empfohlen, um allen Regenden den Boden zu entziehen, die entsprechenden Stellen aus dem vorausschicklich in den nächsten Tagen eintreffenden Verhandlungsprotokoll wegzulassen zu veröffentlichen. Der Grund für diese Bedingung ist offenbar, daß die Entente das deutsche Gold für andere Zwecke referenziert wissen und die Herstellung von Fabrikaten und anderen Waren zur Zahlungsleistung erzwungen will.

Um möglichst viel Nahrungsmittel zu bekommen, möchte auch Deutschland möglichst viel exportieren, d. h. das deutsche Arbeitergeiz möglichst reichlich produzieren.

Das ganze Abkommen ist alles andere eher als ein Erfolg. Die langen Mengen, die uns zugebilligt werden sollen, müssen wir zu kolossalen Preisen erwerben, dafür uns aber während dieser Zeit des Verfügungsrechts über die deutsche Handelsflotte berauben. Und wer weiß nach allem Vorangegangenen, wie die Entente sich die erzwungenen Hergänge nachher zunutze machen wird!

Die Entente hat sich auch keineswegs etwa verpflichtet, um monatlich 300000 Tonnen Lebensmittel zu liefern, sondern ist uns nur erlaubt, mit unserem Geld im Auslande zu kaufen. Ein dahingehendes Angebot über den Kauf von 100000 Tonnen Getreide liegt von Argentinien schon vor. Ferner ist unsere Ein- und Ausfuhr während der Dauer des Abkommens außerordentliche Erschwernungen geschnitten.

Neuter erzählt über die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, daß aus verwaltungsmäßigem Grund die ausgelieferte Tonnage unter die Alliierten verteilt werden wird. Da Italien schon im Besitz der österreichischen Schiffe ist, wird es nur einen sehr kleinen Teil der deutschen Schiffe erhalten. Frankreich werden große Ozeandampfer zugewiesen werden. Den Rest der deutschen Tonnage werden zu gleichen Teilen Amerika und England erhalten. Die alliierte Wirtschaftskommission wird in Hamburg eingesetzt werden. Sie wird die Aufgabe haben, sich mit den Schiffsräten und den damit zusammenhängenden Fragen zu beschäftigen. Die Frachttarife werden hauptsächlich nach dem Tarif des britischen Handelsbundes berechnet werden.

Die Schiffe werden fast ganz britische, amerikanische und französische Bemannungen erhalten. Schiffe, die für Truppentransporte gebraucht werden, dürfen keine deutsche Bemannung führen. Einer Reutermeldung zufolge erklärte der Lebensmittelkontrollleur Roberts: Die Forderung, daß die Deutschen ihre Schiffe ausliefern müßten, wenn sie Nahrungsmittel erhalten wollten, scheint nicht, daß sie keine Lebensmittel erhalten, bis die eigenen Schiffe in der Lage sind, dieselben herbeizuschaffen, sondern daß die erste Bedingung für Hilfe der Alliierten ist, daß Deutschland die Alliierten dabei unterstützt. England traf Vorbereitungen, um 100000 Tonnen Kartoffeln nach Rotterdam zu senden, die unter der Aufsicht von Militärbehörden nach Deutschland gebracht werden sollten, bezugleich würden dort in kondensierter Milch gesandt.

Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge soll Anfang nächster Woche der Transport einer großen Menge kondensierter Milch von Speck von Rotterdam nach Deutschland beginnen. Ungefähr ein Drittel der gesamten Milch, die Deutschland zugewiesen wird, befindet sich schon in Rotterdam; desgleichen sind schon mehrere tausend Tonnen Speck dorthin aufgestapelt.

Ueber das Abkommen in Brüssel verlauten in Paris folgende Einzelheiten: Nachdem festgestellt wurde, daß Deutschland noch im Besitz von Gold im Betrage von 520 Millionen Dollars ist, wurde bestimmt, daß dieser Betrag vollständig auf die teilweise an die belgische Nationalbank in Brüssel ausgeliehen werden muß, als Deckung zur Zahlung der Lebensmittel. 25 Millionen sollen sofort, 275 Millionen in 10 Tagen übergeführt werden. Die Auslieferung der Handelsschiffe, die in verschiedenen Häfen liegen, muß innerhalb 30 Tagen erfolgen; 9 Schiffe gehen zu Amerika sofort, bis zum April noch 7 andere, darunter der „Imperator“. Diese Schiffe erhalten amerikanische Bemannungen, die bereits in England liegen. Die deutschen Schiffe in Südamerika und in holländisch-Indien werden mit deutscher Bemannung nach Europa kommen, aber unter alliierter Flagge. Die deutsche Flotte in Amerika eine nicht garantierte Flotte.

schaffen, wurde abgelehnt. Es wird ein Verbot der Ausfuhr für  
den Artikel aus Deutschland erfolgen, damit die ge-  
heiligte Industrie Frankreichs keinen Wettbewerb ausgeht ist.  
Während die Blockade für Lebensmittel aufgehoben wird, bleibe  
für Stoffe bestehen. Gegenwärtig sind in Rotterdam oder  
Lahenbagen oder auf dem Wege dahin 250-300 000 Tonnen  
Lebensmittel, die baldigst geliefert werden können.  
Amerika bestimmte Antwerpen als Ausgangspunkt für  
die Despoteninteraktion. — Am Sonnabend wurde ein  
Zwischenüber die Schiffs- und Bahntransporte nach dem Rhein  
unterzeichnet.

## Die Preussische Landesversammlung

Handelte am Sonnabend über den Entwurf der vor-  
läufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preu-  
ßen. Der Deutschnationale Herrgott prius die lokale Haltung des  
Bürgerums seit der Revolution, bedauerte die späte Einberufung  
der Landesversammlung und behauptete, daß die Mehrheit des Volkes nicht  
mit der Regierung einverstanden sei. Deshalb hätte diese sich in ihrer  
gesetzgebenden Tätigkeit mehr Zurückhaltung auferlegen müssen.  
Die Deutschnationalen hätten sich mit der Republik abgefunden  
und könne ihnen niemand den monarchischen Gedanken rauben.  
Ministerpräsident Hirsch wies auf die Schuld der alten Parteien  
hin, die sich jeder Reform widersetzen und wies insbesondere den  
Vorwurf gegen die Regierung wegen ihrer gesetzgebenden Tätig-  
keit zurück. Die Bestimmungen zur Befreiung der Klassenparla-  
mente in den Gemeinden und Kreisen sei unbedingt notwendig  
gewesen. Auch Genosse Heitmann wandte sich gegen den  
außenpolitischen Nebenerwerb und beantragte die schone alte Ord-  
nung in den Gemeindefunktionären, in deren Klassenver-  
einigungen ein Zusammenarbeiten mit den U- und S.-Klassen un-  
möglich gewesen sei. Die Monarchie sei für alle Zeiten tot. In  
Preußen habe man niemals genützt, ob Königs- oder Junkerwille  
galt. Nur das stand fest, daß man nach dem Volkswillen  
nicht gefragt hat. Jetzt helfe für Deutschland und Preußen die  
demokratische Unwiderruflichkeit fest, aber auch für Preußen sei es mit  
einer Vorherrschaft zu Ende. Ein Staatspräsident soll nicht ge-  
hoben werden, damit nicht wieder ein einzelner seinen Willen  
gegen denjenigen des Volkes auspielen könne. Der Demokrat  
Leibmann bemängelte die Befreiung des Kommunalwahl-  
rechtes durch Verordnung und trat für einen Staatspräsidenten  
ein. Dr. Rosenfeld von den Unabhängigen erklärte: „Wir  
sollen aus auf den Boden des Reichstums, wir erstreben die  
Befreiung des Proletariats, die den Sozialismus herbeiführen  
soll. Aus den Händen der U- und S.-Klasse hat die jetzige preu-  
ssische Regierung wie die des Reiches ihr Mandat erhalten. Wenn  
sie glauben, jetzt durch die Nationalversammlung die Räte be-  
halten zu können, so verfechten sie die wirtschaftliche Macht der  
Klasse. Das Wort des Kaisers vom Schließen auf Vater und Mutter  
und die Arbeiterklasse Wilhelm II. nie vergessen. Auch Koste  
wird das von den Arbeitern nicht vergessen werden.“ Schließlich  
wurde die Vorlage an eine Kommission verwiesen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Der Verfassungsausschuß

Legte am Sonnabend auf Grund eines Berichts seines Unteraus-  
schusses die Besprechung über Artikel 9 und 9a fort. Artikel 9  
regelt die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung, während Artikel 9a  
die Gegenstände aufzählt, für welche das Reich nur allgemeine  
Grundgesetze aufstellen kann. Der Antrag des Unterausschusses hat  
in Art. 9 einige neue Punkte eingeführt, darunter auch die Aus-  
scheidung. Der Sozialdemokrat Dr. Quard beantwortete einen  
Wandlungsantrag, der die einzelnen Gegenstände anders grup-  
piert, aber auch noch neue Gegenstände einfügt wie z. B. die  
Regelung der staatsrechtlichen Stellung der Religionsgemein-  
schaften. Auch das Votenrecht soll eingefügt werden. Im An-  
schluß an diese Vorschläge entspann sich eine längere staatsrechtliche  
Debatte, in deren Verlauf der Demokrat Dr. Ablass in Gemein-  
schaft mit dem Abg. Heintze von der Deutsch. D. einen Antrag  
stellte und beantwortete, wonach im Eingang des Artikels gefügt  
werden soll: „Die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung ist un-  
beschränkt.“ Minister des Innern Dr. Brauns begründete vom poli-  
tischen Standpunkte aus jede Stärkung der Reichsgewalt, aber  
es sei doch noch fraglich, in wie weit die Ausschließlichkeit der Ge-  
setzgebung auf bestimmten Gebieten eine wirkliche Stärkung der  
Reichsgewalt bedeute. Zur Ausschließlichkeit der Reichsgesetz-  
gebung seien eigentlich nur die Gegenstände Staatsangehörigkeit,  
Bürgerrecht und Münzwesen zu zählen. Regierungsvorsteher aus  
Bayern, Sachsen und Württemberg bekämpften den Antrag Ab-  
lass für den künftigen die Redner der Demokraten, der Sozial-  
demokraten und der Abg. Heintze von der deutschen Volkspartei  
traten. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde be-  
schlossen, eine Abstimmung auch nicht vorzunehmen, sondern die  
ganze Frage nochmals dem Unterausschuß zur Formulierung  
eines gemeinsamen Antrages zu überweisen.

#### Der Berliner Wirtwart.

Gegen die Regierungstruppen in Berlin häufen  
sich die Beschwerden, und zwar insbesondere wegen grundloser  
Haft bei Überparaden, wegen Herabsetzung von roten Kolaren,  
wegen provokierender Auftretens der Offiziere und wegen  
Unterdrückungsmassnahmen auch in Gegenden, die bis dahin ganz  
friedlich gewesen sind.

Ein neues Spartacus-Flugblatt in Berlin greift auf das heftigste  
die Unabhängigen an, weil sie vor Koste lapiniert hätten.  
Das Flugblatt schließt mit dem Ruf: „Her aus mit den Un-  
abhängigen aus den Räten!“

Die „Freiheit“ veröffentlicht eine Anzahl karboreti-  
scher Zeichnungen, die auf bloße Demagogik hin er-  
zogen sein sollen. Die betreffenden Leute waren angehängelt  
wegen Regierungstruppen gekämpft zu haben, wurden aber aus  
dem Räte entfernt. Die Anführung von Postkarten mit dem  
Spartacus-Bildnis und Rosa Luxemburgs wurde als Belastungs-  
moment angesehen. Zwei Soldaten hätten sich gewagt, an der  
Erziehung teilzunehmen. Die „Freiheit“ veröffentlicht auch sonst  
eine Anzahl von Granatwerfern und Terrorismus-Akten der  
Regierungstruppen, genau so, wie diese dieselben Anschuldigungen  
gegen die Rebellen erheben.

Der „Kommunist“ befaßt sich mit dem ersten Male seit Beginn des  
Kampfes und seiner Niederlage im Reichsrat mit den  
Regierungstruppen. Er gibt ohne weiteres zu, daß den Schenk-  
kämpfern auf Seiten des Jahrganges auch schwere Gewalt-  
tätigkeiten auf Seiten der Regierungstruppen  
gegenüberstehen, wenn auch wohl zu bedenken sei, daß die Sol-  
daten durch die Bedrohung aus höchstem Hinterhalt dazu verleitet  
werden.

#### Ein Antrag zur Gesetzgebung

Während in Kreisen geflüchtete Führer Persönlichkeiten, der von  
200 Aufgehörten 227 unterzeichnet haben. Es handelt sich  
um Forderungen hinsichtlich der vorliegenden Spartacusurkunden und  
um die Lösung des Spartacus- und Luxemburgs. Es heißt darin:

Sie sind unerschrocken unparteiischer Gericht gebildet wer-  
den. Nur absolute Unwissenheit kann verhindern, daß Spartacus  
als eine glänzende Katastrophe für Deutschland wird wie es sei-  
nerzeit die „Spartacus“-Benennung wurde, die ja auch unter  
den letzten Jahren ist des ganzen Volkes erfolgt — jedes-  
falls einen Protest weckt. Haben wir denn immer noch nicht  
eingesehen, daß zur Befreiung uns nichts bleibt. Man würde  
nicht ein, daß Spartacus habe Schlimmes getan — denn selbst  
bei gewaltigen Verbrechen darf nicht der Räte ausgeschlossen  
werden, sondern nur unter der Schärpe des Gesetzes. ... Wir  
wollen die Revolution auf Leben und Tod mit dem Kaiser und  
den demokratischen Parteien mit aller Macht ansetzen.

Wenn nur Geschicklichkeit uns retten kann, dann trifft die Maß-  
nung vor allem jene Kreise, die allerorts unter Aufkündigung  
jeder Demokratie und jeden Rechtes ihre Machtproben ablegen  
und die jetzt von den Geschicklichen in Schach genommen werden.  
Selbstverständlich wird jeder Fall untersucht werden und jede Un-  
gerechtigkeit auch gegen Angehörige, gehandelt werden müssen.  
— Der Aufsatz ist u. a. unterzeichnet von Prof. Albert Einkeil,  
Prof. D. Martin Kade, Dr. Anita Lugsburg, Dr. Richard Grel-  
ing, Prof. Gustav Kahlbach, Prof. Walter Schilling, Justizrat  
J. Werhauer, Prof. Edgar Jaffe, Prof. Grotzahn, Dr. Magnus  
Hirschfeld, Dr. Leonhardt-Kiel, Magistratsrat Harden, Stadtrat  
Dr. Wilmann, Wilma Bauer, Hauptmann v. Beerfeldt, Rittmeister  
v. Tepper-Laski, Käse Kollisch, Alexander Wolff, Carl Haupt-  
mann, Fritz v. Arnim, Gustav Meppert.

Zu diesem Aufsatz wird uns noch aus Berlin geschrieben:  
Unabhängige und Spartaisten sind jetzt einigen Wochen bemüht  
aus einem Zugriff Kapital zu schlagen, den namhafte Intellek-  
tuelle aus Anlaß der Ernennung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs,  
von Tolwitski usw. unterschrieben haben. Wir stehen  
nicht an, zu erklären, daß uns diese Kundgebung sowohl durch  
ihren Inhalt, wie durch ihre Form nur lobenswerdend erscheint. Die  
Sätze, wonach nur Geschicklichkeit uns retten können, worin die Re-  
gierung aufgebort wird, Leben und Freiheit der Bürger und  
die elementarsten Menschrechte mit aller Macht zu schützen und  
worin die Ausprägung der Konflikte durch das Schwert im In-  
nern verurteilt wird, sind von einer erhabenen Menschlichkeit,  
und es gibt keinen Sozialdemokraten, der sie nicht antersprechen  
würde. Aber der eigentliche Zweck dieser Kundgebung soll eine  
Art Mißtrauensvotum gegen die Regierung bilden, deren Trun-  
gen sich jene Ungeheuerlichkeiten gegen Leben und Freiheit einzelner  
Spartakistenführer zuschreiben haben kommen lassen. Und daher  
haben wir es für notwendig, zu dieser Kundgebung folgendes zu  
bemerkeln: Es ist in manchen intellektuellen Kreisen, aus denen  
sich ein guter Teil der Unterzeichneten rekrutiert, Sitte (oder  
Mode) mit jenen politischen Richtungen zu kokettieren, deren  
früher Opfer zweifellos Ungeheuerlichkeiten gewesen sind. „Wir  
müssen nicht sagen, daß alle Unterzeichneten zu den sogenannten  
Salon-Sozialisten gehören, aber manche Namen erinnern an  
jene zweideutigen Quellen, aus denen das Schandblatt, die „Re-  
publik“ entstanden ist und gestiftet wird. Und da finden wir es  
doch merkwürdig, daß gerade diese gutgenährten, wohlhabenden  
und politisch ziemlich weltkranden Menschen, die  
zum guten Teil mitkündig daran sind, daß wir nach über vier  
Jahren Krieg auch noch die Schrecken des Bürgerkrieges durch-  
machen müssen, es sich herausnehmen, zusammen mit anderen  
ganz einwandfreien Persönlichkeiten, uns und der Regierung Moral  
zu predigen. Es ist absolut wahr, daß nur Geschicklichkeit uns retten  
kann. Dann aber muß das unverantwortliche Gerede über  
die Notwendigkeit einer zweiten Revolution, wie sie in der „Re-  
publik“ und in den ihr nahestehenden sozialdemokratischen Salons  
gedröhrt wird, endlich aufhören.

In der preussischen Landesversammlung hat der unabhängige  
Jahres Adolf Hoffmann eine lange Reihe von Ungeheuerlich-  
keiten angeführt, die in den letzten Tagen bei der Unterdrückung  
des neuen Spartakistenaufstandes in Berlin zweifellos vorgekom-  
men sind. Wir werden uns nicht mit der beachtlichen und philistri-  
schen Ausrede begnügen, daß Schandblättern im Bürgerkrieg auf  
beiden Seiten unermesslich seien und stehen wie die erwähnten  
Intellektuellen auf dem Standpunkte, daß Geschicklichkeit die ein-  
zige Rettung aus dem blutigen Chaos bildet. Aber gerade Hoff-  
mann ist es gewesen, der unter dem Vorwand seiner Parteifreunde  
die Nationalversammlung nach Mosauer Muster mit Maschinen-  
gewehren auseinanderzuwerfen drohte, falls die Wahlen nicht im  
Sinne seiner Politik ausfallen würden. Und in konsequenter  
Fortführung dieser Theorie wolle jetzt die Unabhängigen die  
Räte-Republik an Stelle des Parlamentarismus, die Diktatur des  
Proletariats an Stelle der Demokratie, die permanente Ungehe-  
lichkeit an Stelle der in der Verfassung fest verankerten Gesetzmä-  
ßigkeit einführen.

#### Kleine politische Nachrichten.

Bei der Beratung der beteiligten Regierungen im Reichs-  
ministerium des Innern über die Wiedererrichtung der Som-  
merzeit kam man überein, diese Frage der Nationalversam-  
lung vorzulegen.

Die aus durch den Waffenstillstandsvertrag aufzulegenden Ele-  
ferenzen von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisen-  
bahnwagen sind in den letzten Tagen zum Abschluß gekommen.  
Der Gesamtwert des abgelieferten Fahrzeugmaterials, zu dem die  
preussische Eisenbahnverwaltung allein rund 4000 Lokomotiven  
und 120 000 Wagen gestellt hat, beträgt über drei Milliarden  
Mark.

In Regierungskreisen besteht die Absicht, die Reichsver-  
sicherungskasse für Angestellte von Berlin nach  
einem anderen Orte Deutschlands zu verlegen. Neben Leipzig,  
Kassel, München, wird auch Hamburg genannt. Bayern bemüht  
sich gleichzeitig darum, diese große Behörde mit ihren etwa 3000  
Beamten nach München zu bringen.

Am 15. März wurde die über die bürgerliche Presse Bayerns  
verhängte Verzugsur wieder aufgehoben. Ueber drei Wochen  
hat sich Bayern dieser „revolutionären Erregung“ erfreut.

Die vorläufige Tagesordnung des zweiten deutschen Räte-  
kongresses lautet: 1. Bericht des Zentralrates, Referent Leinert.  
2. der Aufbau Deutschlands und des Räteystems, Referent: Max  
Cohen. 3. Sozialisierung des Wirtschaftslebens, Referent: Karl  
Kautsky. 4. Neuwahl des Zentralrates.

Die Wahlen zum Arbeiter- und Angestelltenrat für Magde-  
burg haben folgendes Ergebnis gehabt: Deutsche Demokratische  
Partei 53, Reichheitssozialisten 136, Unabhängige So-  
zialdemokratische Partei 25, Kommunisten 10, Deutschnationale  
Volkspartei 14, Zentrum 5, Liste der Handlungsgehilfen 7 Ver-  
treter.

#### Die armen Agrarier.

Im Schreiten nach hohen Preisen haben die Agrarier stets  
eine gute Ernte gemessen. Lange, bevor der Arbeiter einen  
wichtigen Ausgleich für die gewalttätige Verelendung des Not-  
wendigsten gefunden hatte, waren die Löhne der Deutschnieder  
gestiegen. Und sie sind ziemlich groß, die Löhne, in die das  
Wundergeld des Volkes gleitet. Das zeigt mit unerbittlicher  
Deutlichkeit ein Schreiben an einen sich um Stellung bewenden-  
den Gärtner, in dem so eine able Quakerseele schreibt:

Ich beabsichtige, in diesem Jahre im Felde 10 Morgen  
mit Frühbohnen, 10 Morgen mit Spätmöhren, 20 Morgen  
mit Frühbohnen und 20 Morgen mit Spätmöhren anzubauen. Was  
für Gehalt anbetrifft, so möchte ich Sie nach der Art Ihrer  
Stellung an dem Erfolg interessieren, und zwar würde ich  
Haben zu einem Grundgehalt von 1000 Mark aus Garten-  
und Feldgemüsebau 1 Proz. geben. Ich muß bei einem  
Aufbau von 60 Morgen Gemüse doch mit einem  
Reingewinn von mindestens 75000 Mk. rechnen.

Wohlgemerkt, einen solchen Reinerwerb sollen nur 60  
Morgen (15 Hektar) Gemüsefeld bei den gegenwärtig in Gel-  
tung befindlichen Preisen erbringen. Bei Hektar 5000 Mark  
Reingewinn! Und das soll immer noch zu wenig sein?

#### Die Lage im Osten.

Ein Kriegserbericht befaßt in Kurland und Anland  
erhalten die Beschwerten eine empfindliche Niederlage. Von  
nördlich von Kowno bis Winden an der Ostsee ist die ganze  
Front in Bewegung. Die wichtige Eisenbahn Kischbar-  
Kadawitski-Schaulen befindet sich infolge des tatkräftigen  
Eingreifens von Panzerjägern in unserer Hand. Unter an-  
dauernden Kämpfen, bei denen der Feind auch Kavallerie an-  
zusetzen ließ und Panzerautomobile des Feindes führte, haben  
unseren Panzerjäger die Fronten an der Ostsee er-  
halten.

an der Bahn Murojew-Mliar vor. Während der Bahn geht  
die Landeswehr vor. Leichte Truppen nahmen Brandenburg  
während deutsch-baltische Formationen von Gollingen aus über  
Sabeln und Rauban in Richtung Tukkum vorbrangen.

#### Oesterreich.

Das Sozialisierungsgesetz angenommen. Die National-  
versammlung hat den Gesetzentwurf zur Vorbereitung  
der Sozialisierung angenommen. Nach letzterem soll  
mit der Vorbereitung der Gesetzentwürfe über die Enteignung  
hierzu geeigneter Wirtschaftsbetriebe zugunsten des Staates,  
der Länder oder der Gemeinden, über die Vereinigung dazu  
geeigneter Wirtschaftsbetriebe zu Genossenschaften des  
öffentlichen Rechts und über die Vertretung der Ange-  
stellten und Arbeiter in der Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe,  
in denen sie beschäftigt sind, die Staatskommission für Sozial-  
isierung betraut werden, der außer Vertretern der beteiligten  
Staatsämter und öffentlich-rechtlichen Körperschaften auch Sach-  
verständige aus den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und  
Unternehmer angehören.

Als Vorbereitung für die Vermögensabgabe erließ  
die Regierung eine Verordnung über die Feststellung der Ver-  
mögen, soweit sie aus Wertpapieren, Guthaben aus Konten-  
korrenten, Sparanlagen, aus Bargeld, oder aus seit Kriegs-  
ausbruch erworbenen Kurzgegenständen, aus Schmuck und  
Edelsteinen bestehen. Alle diese Vermögenswerte sind anzu-  
melden. Wertpapiere, Depots usw. bleiben bis zur Anmeldung  
ganz, Guthaben aus Kontokorrenten usw. zur Hälfte gesperrt.  
Von den Spareinlagen können 1000 Kronen abgehoben werden.  
Es wurden auch Maßnahmen zur Sicherung der in Sägen  
hinterlegten Vermögen getroffen.

Als Vorbereitung für die Vermögensabgabe erließ  
die Regierung eine Verordnung über die Feststellung der Ver-  
mögen, soweit sie aus Wertpapieren, Guthaben aus Konten-  
korrenten, Sparanlagen, aus Bargeld, oder aus seit Kriegs-  
ausbruch erworbenen Kurzgegenständen, aus Schmuck und  
Edelsteinen bestehen. Alle diese Vermögenswerte sind anzu-  
melden. Wertpapiere, Depots usw. bleiben bis zur Anmeldung  
ganz, Guthaben aus Kontokorrenten usw. zur Hälfte gesperrt.  
Von den Spareinlagen können 1000 Kronen abgehoben werden.  
Es wurden auch Maßnahmen zur Sicherung der in Sägen  
hinterlegten Vermögen getroffen.

Ministerliste. Staatskanzler: Kerner (Soz.), Vice-  
kanzler: Ender, Landeshauptmann in Borsalberg, Staatssekre-  
täre: Für Inneres und Unterricht: Glockel (Soz.), für  
Justiz: Sektionschef im Justizministerium: Mayer, für Finanzen:  
Grazler und Universitätsprofessor Saurpelet, für Land- und  
Forstwirtschaft: Siedler (Christl.-Soz.), für Handel, Gewerbe,  
Industrie und Bauten: Ellenbogen (Soz.), für Heereswesen:  
Dekisch (Soz.), für soziale Verwaltung: Hahnisch (Soz.),  
für Leibeserziehung: der ehemalige Minister Franz Klein, für Sozial-  
isierung: der Staatssekretär Vaner, für Volksernährung:  
Loewenfeldt und Kub, für das Verkehrswesen: der frühere  
Ernährungsminister Pasl oder der Direktor der Nordwestbahn  
Gautsbrueck.

#### Ungarn.

Freiwilligenheer. Die ungarische Regierung hat die  
bisherige, auf die allgemeine Wehrpflicht gegründete Armee in  
ein Freiwilligenheer umgewandelt. Die reorganisierte Armee  
wird sich in erster Reihe aus industriellen Arbeitern  
rekrutieren. Sie besteht aus sechs Divisionen. Die freiwillige  
Armee wird im Wege der Werbung ergänzt. Die Offiziere  
erhalten ein entsprechendes Monatsgehalt. Die Mannschaft  
erhält außer der vorgeschriebenen Verpflegung und Wohnung  
in der Kaserne ohne Rücksicht auf Charge einen täglichen Sold  
von 15 Kronen, dann für jedes Familienmitglied bis zur  
höchstens vier Familienmitgliedern einen Familienzuschlag von  
monatlich 50 Kronen, verheiratete Soldaten eine Quartier-  
gebühr von halbjährlich 300 Kronen, nach sechsmonatigem  
tadellosen Dienste eine Prämie von 300 Kronen. Die Uniform  
bleibt einstweilen die alte.

#### Rußland.

Wirtschaftliche Verhandlungen der Entente mit  
Lenin. Daily Telegraph will aus zuverlässiger Quelle erfahren  
haben, daß eine provisorische Kommission von Finanzmännern  
der Entente nach Moskau unterwegs sei, um eine Einigung  
mit Lenin zu erzielen und wirtschaftliche Zugeständnisse zu er-  
langen. Wahrscheinlich würden die Sowjetregierungen von den  
demokratischen Regierungen der Weltmächte in nicht zu ferne  
Zeit anerkannt werden.

#### Frankreich.

Finanzminister Alog hat in der Kammer schlecht abge-  
schritten. Seine Aeußerungen über die Budgetfrage zielten dar-  
auf hinaus, Deutschland ungeheure Kosten zugunsten des franzö-  
sischen Staatsbudgets aufzubürden. Die „Humanité“ wirt aus,  
daß Alog nicht mehr über die absolute Mehrheit in der Kammer  
verfüge, da nur 243 Stimmen für die Regierung abgegeben wor-  
den, gegen 108 Stimmen der Widerberit und der überaus zahl-  
reichen Stimmenthaltungen. Die „Humanité“ erblickt in der Ab-  
stimmung der Kammer eine Beurteilung der Regierungsmethode,  
welche Frankreich glauben machen möchte, daß Deutschland sämt-  
liche Kriegskosten Frankreichs bezahlen werde. Alog hat sein  
Portefeuille Clemenceau zur Verfügung gestellt. In der „Huma-  
nité“ erhebt der Deputierte Cahin nochmals Einspruch gegen die  
von Regierung und Parlament betriebene Annullationspolitik gegen-  
über dem Saargebiet, das eine rein deutsche Bevölkerung habe;  
diese Vergewaltigung würde zu neuer Kachucht und zu neuen  
Kriegen führen.

Cottin zum Tode verurteilt. Laut Janasmeldung begann  
der Prozeß gegen Cottin, gegen den Polizeimeister Conraat und  
den Soldaten Decaudin wegen verdächtigten Mordversuches gegen  
Clemenceau aus dem Hinterhalte vor dem Pariser Kriegesgericht.  
Cottin war von anarchistischen Ideen erfüllt, war stolz auf seine  
Tat und zeigte keine Reue. Das ärztliche Gutachten lautet auf  
vollständige Zurechnungslosigkeit. Nach einer weiteren Nach-  
richt wurde Cottin zum Tode verurteilt. — Von einem Prozeß  
gegen den Mörder Villain, der Jaures erschossen hat, war kürz-  
lich auch einmal die Rede, doch ist es wieder still davon geworden.

#### Amerika.

Arbeiterinnen auf der Friedenskonferenz. Wilson  
hat zwei weibliche Delegierte bestimmt, die die amerikanischen  
Arbeiterinnen auf der Friedenskonferenz vertreten sollen.

## Aus der Nationalversammlung.

### Pflichtbergene Volksvertreter.

Bei der Abstimmung über das Sozialisierungsgesetz in  
Weimar hat sich eine able Laune vieler Abgeordneten der so-  
zialdemokratischen Partei und der Unabhängigen gezeigt.

Einzelne Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion  
lassen es in der Nationalversammlung an dem nötigen Pflicht-  
bewußtsein fehlen, so daß wichtige Abstimmungen durch die  
Schuld dieser Abgeordneten gefährdet werden. Wenn der-  
artige Fälle jetzt sogar bei den Abstimmungen über das So-  
zialisierungsgesetz vorgekommen sind, dann ist es höchste Zeit,  
daß diese launigen Volksvertreter von der Partei zur  
Rechenschaft gezogen und eventuell der Niederlegung ihrer  
Mandate angedacht werden.







# Wirtschaftliches.

**Die Wirtschaftsverhandlungen in Rotterdam.** Bei den Verhandlungen in Rotterdam über die Lieferung von deutschem Holz an die Alliierten stellte es sich heraus, daß die Gelehrten vor allem zwei Millionen Schmelzen benötigten, ohne deren Lieferung sie kein Interesse für die deutscherseits angebotenen Kohlen und Erze haben, die bei der Ausfuhr aus Deutschland in erster Linie in Betracht kommen. Da die deutschen Sachverständigen ein Schmelzenangebot ohne vorherige Prüfung der heimischen Verhältnisse in solchem Umfange nicht machen konnten, wurde vereinbart, der Entente eine schriftliche Offerte über Spaa einzuverleihen. — Die Verhandlungen über die Kalilieferung dauern noch an. Die diesbezüglichen Besprechungen mit den englischen Vertretern haben bereits zu einem Ergebnis geführt.

Eine Besprechung deutscher Vertreter von Karbonatfabriken mit einer Alliiertenkommission über den Verkauf von Karbonat in Rotterdam verlief ergebnislos. Die Deutschen bieten im Austausch gegen Lebensmittel für mehrere hundert Millionen Mark Karbonat an, die im inneren deutschen Gebiet liegen. Dieses Angebot wurde aus politischen Gründen abgelehnt und eine Lieferungsanfrage aus Fabriken im unbesetzten Gebiet nicht beantwortet.

# Aus der Partei.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Groß-Berlins (S. B. D.) fand gestern statt. Am ihr nahm auch Ed. Bernstein teil, und es betraf die Arbeit, ihn in der neuorganisierten Organisation der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher einen der Vorstandsposten zu übertragen. Der Plan wurde nur aufgegeben, weil man sich allgemein darau einigte, daß er der abgelehnten Vorstehende für den kommunalen Sozialistenausschuss sei. Für die Gemeindevorstände besteht zwischen Bernstein und uns keinerlei Differenz. Es lehnt die Diktatur, die Herrschaft der Maschinenemancipierten so entschieden ab wie wir und gibt ebenso klar wie unsere Partei den Massen darüber Bescheid, daß man nicht Hals über Kopf in den Sozialismus hineinspringen kann, sondern ihn planmäßig organisieren muß. Deshalb ist es für die Partei zurückzuführen. Mit Bernsteins Rückkehr zur Partei ist die Einheit des Proletariats nicht wieder hergestellt. Aber seine Haltung gibt uns die Sicherheit, daß alle unehrbaren und ähnlichen Führer der U. S. B. D., daß insbesondere auch Karl Kautsky wieder zur Partei zurückkommen und die einheitliche sozialdemokratische Front gegen Bourgeoisie rechts und Anarchismus nicht wieder hergestellt werden.

# Gewerkschaftsbewegung.

Aus dem französischen Gewerkschaftsleben. Die französische Gewerkschaftsbewegung hat dieser Tage einen gewaltigen Schritt vorwärts getan. Die Organisation der verschiedenen Staatsbeamten und der Eisenbahner haben sich zu gemeinsamen Kampf um Lohnaufbesserungen der Confédération Generale du Travail angeschlossen. Eine Massenversammlung der Pariser Arbeiterschaft nahm nach einer Rede von Louhaug folgende Resolution an: „Die Beamten und Eisenbahner fordern in Inbetracht der ungenügenden Entlohnung mit dem größten Nachdruck sofortige Erhöhung ihrer Löhne und verpflichten sich, bis zur gänzlichen Erfüllung dieser Forderungen den Kampf fortzusetzen, der sich auf das ganze Land erstreckt.“

# Sociales.

**Lebenslage und Selbstwertgefühl.** Bei der Erörterung der heutigen Ernährungsverhältnisse wird häufig auf die unbekannteren Verhältnisse (Moor und Heiden) hingewiesen, deren Fläche allein in Preußen 665 000 Hektar beträgt. (Eine jüngst durch die Presse gegangene Angabe von 2 200 000 Hektar ist falsch.) Die Urbarmachung dieser Landstriche wird eher gegenwärtig und in der nächsten Zukunft sehr erschwert durch den gekunnten Geldwert. Heute durch die gewaltige Preissteigerung für Materialien und Werkzeuge. Diese Preissteigerungen belasten augenblicklich einen Hektar neu kultivierten Bodens mit 3000 Mark. Während vor dem Kriege ein Hektar Land mit 600 bis 700 Mark Kosten zu kultivieren war. Nach der heutigen Kostenquote würde also ein Hektar neu kultivierten Landes eine jährliche Verzinsung bis zu 300 Mark erfordern. Dabei sind noch nicht die Kosten für die auf dem neu kultivierten Boden zu errichtenden Wirtschafts- und Wohngebäude berechnet. Bedenkt man, daß noch heute der Preis für extragutesten Weizenboden, der gegenüber neu kultiviertem Boden fast keine Aufwertung an Kaufkraften beibringt, ungefähr 1000 Mark für den Hektar beträgt, so wird man sich darüber klar werden, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Kultivierung von Weizen wirtschaftlich eine aussichtslose Sache ist. Nach genauen Berechnungen würde der Staat, wenn er etwa die Hälfte in die Hand nehmen und die Restkosten aufbringen sollte, rund 2 Milliarden Mark aufwenden müssen.

# Aus dem Gerichtssaal.

**Sog. „Hühner“. Zwei deutsche Weinhändler hatten verlust von Offenheim aus 700 Riffen Regmat nach Koblenz zu verschicken und hatten die Sendung als Wein deklarieren. Der Wert der Ladung betrug eine Million. Der amerikanische Gerichtshof, vor den sie gestellt wurden, verurteilte nach den allgemeinen Bestimmungen der Internationalen Binnenmarktschlichtungskommission jeden der Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre und zur Zahlung einer Geldstrafe von je 250 000 Mk. an die Vereinigten Staaten. Der kommandierende General der 3. amerikanischen Armeekorps milderte das Urteil auf Zahlung einer Geldstrafe von je 100 000 Mark und Ableistung einer Zuchthausstrafe von je 6 Monaten.**

# Aus Nah und Fern.

**Zunahme der Scheidungen.** Nach dem letzten Rückgang der Ehescheidungen, die in der ersten Kriegszeit stattgefunden haben, ist im Jahre 1918, wie die „Deutsche Juristen-Zeitung“ meldet, eine recht wesentliche Steigerung erfolgt. Es wurden nach der „Stamm. Korr.“ 7410 Ehen rechtskräftig gelöst, gegen 6400 im Jahre 1918. Die Zunahme betrug also im Berichtsjahre 1001 oder 15,6 Prozent. Auch im Verhältnis zur Zahl der Ehescheidungen ist die Zahl der Scheidungsurteile gestiegen, indem auf 1000 Ehescheidungen 67,8 Scheidungsurteile kamen gegen 62 im Vorjahr. Die Zunahme entfällt, wie aus den Scheidungsgründen hervorgeht, vornehmlich auf Scheidung der Frau. In 5210 Fällen war Scheidung der Eheungsgrund, wobei in 2073 Fällen die Frau der für schuldig erklärte Teil war. Es bildete also in 41,4 Prozent aller Fälle der Ehebruch der Frau den Scheidungsgrund, während dies im Jahre 1918 nur bei 35,6 und im Jahre 1916 bei 28,4 Prozent aller Ehescheidungen der Fall war.

**Die Verhältnisse nach die Kriegsjahren.** Die Welt-Schau macht sich in Berlin in letzter Zeit in so hartem Maße bemerkbar, daß die Medizinabteilung der Stadt genötigt sein wird, energigere Maßnahmen als bisher zu ergreifen, um die Ausbreitung der immer mehr um sich greifenden Pestkrankheit einzudämmen. Die Infektion ist demnach für ihre Mitglieder größte Gefahr zu erlangen, da die Krankheitskeime zuweilen durch unvorsichtige Hände übertragen werden. Besonders viele Infektionen werden in den Bekann-Bureaubetrieben beobachtet. Da von der Senke in letzter Zeit auch eine große Anzahl weiblicher Angestellter ergriffen sind, hat sich die Leitung einer Reihe von Krankheitsfällen genötigt gesehen, alle an Pestkrankheit erkrankten Beamten bis zur völligen Genesung, selbst die unvorsichtigsten in Isolation zu bringen, zu beurlauben.

**Witz eines Flugzeuges.** Wie aus Graubünden gemeldet wird, führte bei Stenbach ein Flugzeug ab. Beide Insassen, ein Vizefeldwebel und ein Gefreiter, sind getötet; das Flugzeug ist völlig zertrümmert.

# Allerlei Wissenswertes.

## Der Kaffee-Weberflug.

Ueber die gegenwärtig vorhandenen Kaffeevorräte und die Aussichten des Kaffeemarktes für die nächste Zeit gibt der Bericht wertvolle Auskunft, den der Landwirtschaftsminister aus der brasilianischen Provinz Sao Paulo an den Staatspräsidenten der brasilianischen Republik gerichtet hat. Sao Paulo ist das Kaffeeparadies der Erde, sein Haupthafen Santos, der für den Kaffeemarkt wichtigste Platz. Der Kaffeeverbrauch war in Deutschland, was nicht allgemein bekannt sein dürfte, schon vor dem Kriege seit dem Jahre 1900 fast regelmäßig von Jahr zu Jahr gestiegen, und zwar jugendlich des Kaffees, während sich der Tee ungefähr in gleicher Beliebtheit erhalten hat. Seit Beginn des Krieges hat Deutschland fast nur von den Vorräten der Einfuhr zehren und schließlich den Versuch von Rohkaffee so gut wie ganz entbehren müssen. Aber auch der Weltverbrauch des Kaffees hat während des Krieges ganz erheblich abgenommen. Während er für das Rechnungsjahr 1914/15 zu 21,6 Millionen Sack festgestellt wurde, betrug er im letzten Jahre nur noch 14 Millionen Sack, was einer Abnahme um ein volles Drittel gleichkommt. Da aber Brasilien im vorigen Jahre allein 18 Millionen Sack geerntet hat, außerdem Zentralamerika etwa 3½ und andere Länder noch 1½ Millionen Sack geliefert haben, so stehen nunmehr 23 Millionen Sack zur Verfügung, wovon 9 Millionen mehr als der Weltverbrauch im letzten Jahre betragen hat. Dazu kommt, daß der Kaffeeanbau in Brasilien noch in immer weiterer Ausdehnung begriffen ist, ohne daß die alten Pflanzungen bereits erschöpft sind. Allerdings wird damit gerechnet, daß die nächsten drei bis vier Jahre verhältnismäßig geringere Ernten bringen werden, da die Kaffeebäume im Juni und Juli 1918 durch einen plötzlichen Frost stark geschädigt wurden. Vorläufig ist demnach Kaffee in Höhe und Fülle verfügbar, wenn nur Schiffsraum vorhanden ist, außerdem genug Geld, ihn zu bezahlen.

# Vater und Sohn.

„Vater, du hast an' jösch'n Schriat!“  
 „Is ja net weh, Bua!“  
 „Über ja! ... Lummel di, wech! 'n Schriat, Junst reißt di de Zugsführer, Jamm! Da is 'r schon!“  
 Der „alte“ Ruder, der vor den Kraftworten, die der Zugsführer, wenn er unzufrieden ist, immer findet, großen Respekt hat, macht geschwind einen Hopser, aber er tut mit seinen ungelenteten Beinen zu viel des Guten ... der Schrit bleibt falsch.“  
 „Ruder!“ schreit der Zugsführer. „Ruder! Entweder du gehst anständig oder i richt' Jhna die Jüsch' ein! ... Aber wann dabet anet von Jhne verbesognen Verpenditeln in meine Hand' bleib, dann kann i dir dafür! Verdank'n!“  
 „Links, rechts! Links, rechts!“ flüstert der junge Ruder heimlich. „Links, rechts!“  
 Er bringt dadurch seinen Vater in den richtigen Takt und der Zugsführer wird wieder milder gestimmt.  
 „So is' recht!“ Und aufhau'n, aufhau'n, i will was hör'n! ... Das is no gar nit! Wegschmeiß'n die Jüsch', wann aa die Krut' frach'n!“  
 Vater Ruder löst mit Ausbeugung aller Kräfte seine Füße den Boden. Vor der Anstrengung bricht ihm der Schweiß aus den Poren. Viel besser und mit der geheimen Absicht, zugunsten des Vaters recht viel Lärm an die Ohren des Zugsführers gelangen zu lassen, besorgt das „Aufhau'n“ der Sohn.  
 „Zug halt! ... Und nit rüht' si! ... Nit rüht' si, hab' i g'lagt!“  
 „Wer jamelt denn dort so umanand? Natürlich, der Herr Ruder senior. „Graue Haar“ hat 'r schon, aber erzeter' tuat 'r wie a Wadler!“  
 „Habt acht! ... Ruht! ... Ruht! ... Ruht!“  
 Endlich werdt's do begreiff'n, daß „Ruht!“ aa a Kommando is! ... Habt acht! ... Ruht! ... Ruht! ... Ruht! schon für die Müsch', Herr von Ruder!“  
 Der Zugsführer lächelt und auch der „Herr von Ruder“ lächelt, aber es kommt ihm nicht vom Herzen. Er ist nur sehr froh, daß er sich endlich ein wenig ausspannen kann, wischt sich mit dem Mantelärmel der ihm bis auf die Fingerspitzen fällt, das schweißtriefende Gesicht.  
 „Ruht! schau'n, daß d' auf „Salt!“ net allerweil mit an' Juaß' rumtummel!“ berät ihn der Pepi, sein Sohn.  
 Da lacht der Vater auf:  
 „Hast mit deine zwanzig Jahr' leicht reb'n. Mistbua! Wannst dreizehzig war'st so wie i, wann di 's Rheumatische zwid'n ist' so wie mi und wann di 's Kreuz weh tat' so wie mir, dann tat' di d' Juaß' anders reb'n!“  
 „Ganz recht, lag' ihm's nur eini, dein' Waab'n!“ scherzt einer der Nachbarn. „Wad' si da aufstun. Was waß' i zum Beispiel vom Militär? Mir anders, als daß i Krüppelsteuer zahl' hab'!“  
 „Uebrigens, Ruder, derist net glaub'n, daß di allan 's Rheumatische ledert. I hab' gestern aa a ganz's Flaß'l Gründöl auf mei' Kind's Krut' d'gihert!“  
 Der alte Ruder schaut seinen Bub'n an, laut an seinem zarten Schmirbel und macht ein grimmes Gesicht. Aber der Pepi lacht. Er weiß es, der Vater ist herzlich froh darüber, daß er ihn zur Seite hat, daß er den merkwürdigen Zufall preist, der beide in eine Kompanie führte. Selbstverständlich hatten sie sich gleich die allereingste Nachbarschaft zugelegt, was sich beim Erzählen für den alten Ruder als sehr vorteilhaft herausstellt. Auch jetzt hält er den Augenblick für günstig, seinen Bub'n an die Pflichten seiner Nachbarschaft zu mahnen.  
 „Ruht! si immer hüß'n, wannst d' reißt, daß i dran bin, an' Fehler z' mach'n!“  
 Na, der Junge läßt sich das „Stöck'n“ ohnehin eine ernste Aufgabe sein. Würde es sich nicht darum handeln, den Herrn Vater vor einem spöttischen „So Wadler!“ und vor anderen ähnlichen Bezeichnungen zu bewahren, man könnte die fürsorglich wachsenden Sozer, die Pepi seinem Vater zu gehen weiß, manchmal sehr respektlos finden. Insbesondere wenn es zum Beispiel „Aufmarschieren, halb links!“ heißt, dann hat der alte Ruder die nachhelfende Hand seines Sohnes immer sehr von nöten, denn das ist eine Sache, die ihm noch immer dunkel geblieben ist. Dabei hat er auch die leicht zu verführende Gewohnheit, wenn er angehörten wird, in Bewirrang zu geraten, wodurch er zuweilen zur Entwidlung eines logenanten „Saubausens“ nicht wenig beiträgt. Und dazu die Sorgen, die er täglich am Morgen von zu Hause mitbringt! 's ist ein großer Binkel voll. Das kann bei manchem die Aufmerksamkeit fürs Erzählen vermindern. Und wenn der Bubel durch harte Arbeit schon hüßlich rund geworden ist und die Knochen müde, dann ... kurz, der junge Ruder macht alles besser ...

„Mei Kreuz!“ kauft der Vater wieder einmal, streicht seinen Rücken und frecht sich. „Und wann m'r heut ohne „G'wehgriff“ 's Haut' gehen, wids' m'r aa recht sein!“  
 „Dah di entgeh'n, wannst d' so wehleid' bist!“ spottet einer in der Reihe.  
 „Richt' la Glück hab'n, bis ja la Müllierlieferant!“ kommt eine Stimme von irgendwo.  
 „Los geh's, Vater!“ ermahnt Pepi. „Und pag auf: Wann's jetzt „Doppelreiß'n, rechts um!“ sagt, machst du spring'n, du bist d'r Jwarrer!“  
 „Dank' schon, Kianer!“  
 Der Zugsführer tritt vor seine Leute.

\* Dies Stimmungsbild der Wiener „Arbeiterzeitung“, das i. J. die Zeitung gelüchelt hatte, paßt nicht minder auf deutsche Verhältnisse. Denn der Militarismus ist sich überall gleich.

„Habt acht!“ Ruht! ... No, das schaut schon aus! ... Habt acht! ... Ruht! ... Schweinerei! ... Habt acht! ... I hör' ja nit. Wo san denn do Wäsch', Kreuz, Kreuz, Kreuz! ... Ruht! ... Habt acht! ... Doppelreiß'n, rechts um! ... „Gut is's angen!“ flüstert der alte Ruder. „Zug ... Marsch!“ „Aufhau'n, Vater, aufhau'n!“

# Gedanken der Vorbereitung.

Von Hermann Kessel.

Der Frühling luvengt, um sich Platz zu machen, niemals den Winter mit Orkanen in die Luft. Er bemächtigt sich des Bodens. Eines Tages sind alle winterlichen Institutionen verschwunden. Wenn die Winde aus allen Richtungen blasen, wird Staub aufgewirbelt und sinkt sich wieder. Der reinigende Luftstrom kommt aus einer Himmelsgegend.  
 Unschöne Vegetation hat die Eigenschaften der kalten Wollust. Sie wird gefällig, ausweichend und verneinend. Die wahre Ergriffenheit ist erkörperlich.  
 Die Forderung nach „hinreichenden Ideen“ wurde bisher immer von denen erhoben, die weder Hungerlitten sein noch Ideen haben wollten, ja sich sogar selbst für etwas Hinreichendes hielten.  
 Die Kritikfälligen denken an einen Weg, die Rückständigen an einen Ausweg.  
 Auch eine Beziehung zum Licht; jene, die weder alte Laternen ausblasen, noch neue anzünden, gelüftet es, wenigstens Ausbläser und Anzündler an den Laternen aufzuhängen.

# Literarisches.

„Die Reform des deutschen Strafrechts“ von Rechtsanwält Dr. Hugo Heine mann. Preis 50 Hfa. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 114. Mit umfassender Sachkunde behandelt er die Reformen des Strafrechts. Die Uebel des alten Strafrechts und das obrigkeitliche Gebaren der alten Justizbureaukratie werden aufgedeckt und einer scharfen Kritik unterzogen.  
 „Der Trost: Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten. Preis 75 Hfa. (Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9). Die Arbeiter haben politische Macht und Gleichberechtigung errungen und sind daher genau wie andere Schichten am jetzigen Staate, an den Erruamenschaften der Revolution interessiert. Der Arbeiter müssen den Staat und seine Organe mit neuem Geiste zu erfüllen trachten, sich aber hüten, wertvolle Einrichtungen sinnlos zu zerstören, „wertvolle qualifizierte Elemente, die für sie technisch notwendig sind“ zu feileitigen. Des sind einige der sehr akuten Gedankenänge, die der bekannte Führer der russischen Volkswirtschaft, Leo Trostki, in einer Broschüre entwickelt. Die Schrift wird den deutschen Sozialisten, die sich so gerne an russische Vorbilder anlehnen, sehr unangenehm sein. Umso stärkere Verbreitung in allen Kreisen verdient sie. — Zu beziehen durch die Buchhandlung Friedr. Meyer u. Co., Johannistr. 46.  
 Die neue Erziehung! Sozialistische pädagogische Zweimonatsschrift. Herausgeber Dr. M. S. Baer, Unterstaatssekretär im preussischen Kultusministerium. Durch die Post Nr. 1015/5 Mk. und Postgebühren. Direkt unter Kreuzband 6 Mk. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. SW. 48, Wilhelmstr. 9.  
 Zur Bekämpfung der Ernährungsmisstände trägt der Klein- und Gärtnereigentümer nicht unerheblich bei. Unbedingt erforderlich aber ist für ihn die rationelle Bewirtschaftung und Ausnutzung seines Gartens. Eine vorteilhafte Anleitung hierzu gibt ihm das vom Gartenbauinspektor F. Tutenberg, Garteninspektor der Stadt Wien a, herausgegebene „Gartenbuch“ (Verlag Sammerich & Reiter, Mitten). Preis 1.— Mk. Der Name des Verfassers bürgt die feste Gewähr für die Gehiegenheit des Buches. Durch und durch praktisch in seinen zahlreichen Hinweisen und Ratshlägen, steht es dem Kleinrentner, Anfänger wie Geschicktem, stets zuverlässig zur Seite. Das handliche Taschenbuch enthält auch eine ausführliche Anleitung zum Tabakbau und enthält eine Pflanz- und Saatzeitabelle. Es ist zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Lübeck, Johannistr. 46.

# Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

## Bettelei eines Kriegsblinden.

Wir haben auf die Notiz des Landesauschusses für Kriegsverletzte wegen der Bettelei eines angeblichen Kriegsblinden folgendes zu bemerken: Ist es erwiesen, daß der Mann ein Kriegsblinder war und war er überhaupt blind? War es nicht möglich, seinen Namen festzustellen? Hat der Mann 222 Mk. Rente schon bezogen? Zu beanspruchen hat er allerdings 222 Mk. im Monat, wenn er Kriegsblinder ist, ausgedrückt ist dieses Geld bis dato in Lübeck aber noch nicht. Wir werfen die Frage auf, gehört der Mann nicht wegen seines jetzigen Zustandes in eine Anstalt für Kriegsblinde? Unserer Ansicht nach ist es gleich, ob Schüler und Damen für Kriegsblinde auf den Straße betteln müssen, oder ob der Blinde selbst betteln muß. Auch wir bekämpfen die Bettelei, streben aber danach, daß unletzte Kriegsbeschädigten vom Staat ihr volles Recht auf ausreichende Rente wird. Wir wollen nicht, daß unsere Kameraden wie die von 1870/71 mit dem Leierkasten ihr kümmerliches Existenz verdienen müssen und auf die Mildtätigkeit der Leute angewiesen sind. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu wissen, daß an unseren Reihen kein Kriegsblinder gebettelt hat. Diese Zeit zur Aufklärung und Berichtigung.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten u. ehem. Kriegsteilnehmer. Sitz Berlin. Ortsgruppe Lübeck. Geschäftsführender Ausschuss, Abteilung Presse.

## Die neuen Fischpreise.

Noch immer scheint das konsumierende Publikum, insbesondere die breite Masse der werttätigen Bevölkerung die milchende Kuh sein zu sollen und zu bleiben, die nur dazu da ist, von den Unternehmern geschöpft zu werden und ihnen die Geldsäcke füllen. So ist es auch mit den Heringspreisen, die immer noch so hoch sind. Die Fischer verdienen ein Heibengeld, einem benachbarten Badeorte haben viele Fischer, die früher beschwerdes Dasein führten, teure Landstellen gekauft und baren Gelde bezahlt. Nun weiß man wenigstens, warum Fischpreise so horrend sind! Die Groischen der Arbeiter muß dazu herhalten, damit der einfache Fischer Grund und wozu sich noch Willensbesitzer wird. So wird mit den Gaben der Natur die von Rechts wegen Allgemeinut sind, im Sonderinteresse eines Standes angewachert und dem kleinen Manne, der in der Linie auf diese Volksernährung angewiesen ist, das so schon lang Dasein jetzt noch absolut unnötigerweise verunreinigt. Doffentlich schafft die neue Regierung hier mit harter Hand die nötigste Abhilfe zum Heile des werttätigen Volkes.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Kömigt. Berleger: Th. Schwabe. Druck: Friedr. Meyer & Co. Lübeck. Samstags 1918.